

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 99. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 23. Mai 2007

#### Inhalt:

#### Tagesordnungspunkt 1:

Erste Beratung des von der Bundesregierung  
eingebraachten Entwurfs eines **Unternehmen-  
steuerreformgesetzes 2008**  
(Drucksache 16/5377) ..... 10079 A

#### Tagesordnungspunkt 2:

Befragung der Bundesregierung: **Gesetzent-  
wurf zur Modernisierung des GmbH-Rechts  
und zur Bekämpfung von Missbräuchen**  
Brigitte Zypries, Bundesministerin  
BMJ ..... 10079 B  
Mechthild Dyckmans (FDP) ..... 10080 C  
Brigitte Zypries, Bundesministerin  
BMJ ..... 10080 D  
Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU) ..... 10080 D  
Brigitte Zypries, Bundesministerin  
BMJ ..... 10081 A  
Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU) ..... 10081 D  
Brigitte Zypries, Bundesministerin  
BMJ ..... 10082 A

#### Tagesordnungspunkt 3:

**Fragestunde**  
(Drucksachen 16/5372, 15/5399) ..... 10082 C

Dringliche Frage 1  
**Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE)**

**Konsequenzen der Bundesregierung aus dem  
Selbstmordattentat auf die Bundeswehr  
am 19. Mai 2007 in Kunduz**

Antwort  
Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär  
BMVg ..... 10082 D

#### Zusatzfragen

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) ..... 10083 B  
Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) ..... 10084 A

#### Dringliche Fragen 2 und 3

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**

**Haltung der Bundesregierung zur Demons-  
trationsfreiheit angesichts von im Vorfeld  
des G-8-Gipfels in Heiligendamm angekün-  
digten Maßnahmen gegen Gipfelkritiker  
sowie zu etwaigen Beeinträchtigungen des  
Ansehens und der Position der Bundesre-  
publik Deutschland als verlässlicher Part-  
ner in der Staatengemeinschaft**

#### Antwort

Dr. Christoph Bergner, Parl. Staatssekretär  
BMI ..... 10084 C

#### Zusatzfragen

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 10085 B  
Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 10086 B  
Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) ..... 10087 B  
Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 10087 C  
Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 10088 A

#### Mündliche Frage 17

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**

**Maßnahmen und Einschränkungen der  
Bürger im Vorfeld und während des G-8-  
Gipfeltreffens in Heiligendamm**

Mündliche Frage 16

**Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**Konkreter Auftrag der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex für die durch Deutschland zur Verfügung gestellten Boote**

Antwort

Dr. Christoph Bergner, Parl. Staatssekretär  
BMI ..... 10098 A

Zusatzfragen

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 10098 B

Mündliche Frage 18

**Volker Beck** (Köln) (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**Sicherstellung der Bezahlung des tariflichen Mindestlohns an die Mitarbeiter externer Dienstleister beim G-8-Gipfeltreffen in Heiligendamm**

Antwort

Dr. Christoph Bergner, Parl. Staatssekretär  
BMI ..... 10098 D

Zusatzfragen

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 10099 A

Mündliche Frage 19

**Sabine Zimmermann** (DIE LINKE)**Verteilung der 700 Gemeinden bzw. 1 Million Haushalte ohne kostengünstige Breitbandanschlussmöglichkeit auf die einzelnen Bundesländer sowie Breitbandverfügbarkeit in den jeweiligen Ländern**

Antwort

Dagmar Wöhr, Parl. Staatssekretärin  
BMWi ..... 10099 C

Zusatzfragen

Sabine Zimmermann (DIE LINKE) ..... 10099 D  
Veronika Bellmann (CDU/CSU) ..... 10100 B

Mündliche Frage 20

**Sabine Zimmermann** (DIE LINKE)**Kosten einer flächendeckenden Vollversorgung mit DSL**

Antwort

Dagmar Wöhr, Parl. Staatssekretärin  
BMWi ..... 10100 C

Zusatzfragen

Sabine Zimmermann (DIE LINKE) ..... 10100 D  
Veronika Bellmann (CDU/CSU) ..... 10101 A

Mündliche Frage 21

**Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**Haltung der Bundesregierung zur Warnung der indischen Botschafterin in Berlin vor dem Verkauf von drei hochmodernen U-Booten an Pakistan**

Antwort

Dagmar Wöhr, Parl. Staatssekretärin  
BMWi ..... 10101 C

Zusatzfragen

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 10101 C

Mündliche Frage 22

**Veronika Bellmann** (CDU/CSU)**Projekte im Bundesfernstraßenbau in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Baubeginn in 2007 und jeweiliges Finanzvolumen**

Antwort

Karin Roth, Parl. Staatssekretärin  
BMVBS ..... 10102 B

Zusatzfrage

Veronika Bellmann (CDU/CSU) ..... 10102 C

Mündliche Frage 23

**Veronika Bellmann** (CDU/CSU)**Auswirkungen der gekürzten Hauptbautitel auf baurechtlich bereits genehmigte, als Unfallschwerpunkt erkannte Bundesfernstraßenbaumaßnahmen; Gründe für die hauptsächlich über die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH vergebenen Planungsaufgaben an einen von ihr definierten Stamm von Planungsbüros**

Antwort

Karin Roth, Parl. Staatssekretärin  
BMVBS ..... 10103 A

Zusatzfragen

Veronika Bellmann (CDU/CSU) ..... 10103 B

**Zusatztagesordnungspunkt 1:****Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der LINKEN: **Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutschen Telekom AG**

Klaus Ernst (DIE LINKE) ..... 10104 B

Dr. Martina Krogmann (CDU/CSU) ..... 10105 C

Martin Zeil (FDP) ..... 10106 D

Martin Dörmann (SPD) ..... 10108 A

**Parl. Staatssekretärin Karin Roth**

- (A) nahme im Rahmen des IRP umgesetzt und durchgeführt werden kann. Insofern haben wir diese Baumaßnahme auf Initiativen sicherlich nicht nur der Staatsregierung Sachsens, sondern wahrscheinlich auch diverser Abgeordneter in den Investitionsrahmenplan aufgenommen. Das hat nichts damit zu tun, dass die DEGES Projektplaner ist, sondern liegt einfach daran, dass wir davon ausgehen, dass 2008 Baurecht besteht. Dann muss man allerdings mit Sachsen über die Priorisierung verhandeln. Ich gehe davon aus, dass wir das im Konsens machen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Sie hätten noch eine Zusatzfrage.

**Veronika Bellmann (CDU/CSU):**

Mit Vergnügen; das nutze ich natürlich. – Ich freue mich – das ist vollkommen klar – über jede Maßnahme, die in den Investitionsrahmenplan aufgenommen wird, auch wenn der Investitionsrahmenplan, wie Sie immer wieder betonen, keine Finanzierungszusage ist. Trotzdem habe ich die Frage, inwieweit dieses Projekt finanziell gedeckelt werden kann. Haben Sie schon Finanzierungsmöglichkeiten im Hinterkopf, beispielsweise über den EFRE?

**Karin Roth, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:**

- Kollegin Bellmann, das ist eine schwierige Frage. Ich gehe nicht davon aus, dass wir über die Kosten einer Baumaßnahme nach dem Prinzip der Deckelung verhandeln können – dann müssten wir die Baumaßnahme als solche verändern. Entweder gibt es eine Baumaßnahme, für die bestimmte Kriterien und Anforderungen an die Qualität und damit auch an Ausbau und Beginn gelten, oder wir müssten die Maßnahme völlig umplanen. Da, glaube ich, werden Sie in Sachsen keine großen Freunde finden. Ich gehe davon aus, dass die Firma DEGES die Planung im Auftrag Sachsens und des Bundes ordentlich durchführt. Wenn wir Geld einsparen können, dann tun wir das.
- (B)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Wir sind damit am Ende unserer Fragestunde. Die noch nicht beantworteten Fragen werden nach unserer Geschäftsordnung schriftlich beantwortet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion der LINKEN

**Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutschen Telekom AG**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Klaus Ernst, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Klaus Ernst (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen in dieser Republik zurzeit vor einem sehr harten Arbeitskampf, den wir von diesem klimati-

sierten Raum unter der Kuppel aus beobachten können. Um was geht es dabei? Die Arbeitsplätze von 50 000 Menschen sollen ausgegliedert werden, und zwar mit dem Ziel, ihre Löhne um bis zu 40 Prozent zu senken und ihre Arbeitszeit auf mehr als 40 Stunden pro Woche zu erhöhen. (C)

Um gleich Klarheit zu schaffen: Das ist nicht nur eine Angelegenheit des Herrn Obermann und seines Vorstandes, sondern auch eine Angelegenheit der Bundesregierung – die bei der Debatte über diesen Tagesordnungspunkt „zahlreich“ vertreten ist –, weil sie mit 30 Prozent Anteilseigner der Telekom ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer 30 Prozent Anteile an einem Unternehmen besitzt, der schaut auch, was seine Vertreter im Aufsichtsrat dieses Unternehmens machen. Mir braucht keiner das Gegenteil zu erzählen. Wir wissen, dass die Vertreter der Bundesregierung einem Konzept zugestimmt haben, dessen Ergebnis es ist, dass bei den Personalkosten jährlich 900 Millionen Euro eingespart werden. Aus meiner Sicht ist das ein Skandal.

Damit wir wissen, über welche Löhne wir reden: Lohngruppe 1, circa 1 700 Euro; Lohngruppe 3 – ein Monteur –, 2 162 Euro. Ich halte es für unverantwortlich, diese Löhne – letztendlich mit Zustimmung dieser Bundesregierung – weiter nach unten zu drücken. So sehen die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung aus!

(Beifall bei der LINKEN)

Ist das, was hier geplant wird, notwendig? Nein. Fakt ist, dass 3,1 Milliarden Euro an die Aktionäre ausgeschüttet werden und gleichzeitig bei den Beschäftigten gespart werden soll. Es gibt offensichtlich nur ein Ziel: Der Aktienkurs dieses Unternehmens soll auf Kosten der Beschäftigten erhöht werden. Wenn man die „Financial Times Deutschland“ vom 15. Mai 2007 liest, stellt man fest, dass das nicht nur bei uns so gesehen wird. Dort heißt es – Zitat –: (D)

Der Ausgliederungsplan ist ein schlichter Versuch, durch Senkung der Personalkosten ein wenig mehr Gewinn herauszuholen.

Das ist die Realität. Ich füge hinzu: mit Zustimmung und Billigung der Bundesregierung.

(Beifall bei der LINKEN – Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Durch Wiederholen wird es nicht besser!)

Es gibt ein schönes Argument für dieses Vorgehen: Man verliert Kunden, und deshalb muss man das machen. Ziel der Zerschlagung dieses Monopols war es doch, dass mehr Unternehmen in den Markt eintreten. Dass das Unternehmen, das zuvor das Monopol hatte, dabei Kunden verliert, ist doch selbstverständlich. Das ergibt sich aus der Logik.

Es ist überhaupt nicht zu akzeptieren, dass Managementfehler von den Beschäftigten ausgebügelt werden sollen. Der schlechte Service bei der Telekom kommt unter anderem daher, dass die Menschen innerhalb kür-

**Klaus Ernst**

- (A) zester Zeit 16 Umorganisationen über sich ergehen lassen mussten. Ich frage mich, warum die Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat in diesem Fall ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen sind. Haben sie nicht gemerkt, dass sie dieses Unternehmen mitruinieren?

(Beifall bei der LINKEN)

Das Klima in diesem Unternehmen ist vergiftet. Ich habe gestern an einer Veranstaltung teilgenommen. Ich habe selten erlebt, dass die Beschäftigten so sauer auf ihren Vorstand sind. Diese Menschen reagieren zu Recht mit Aggression. Und in einer solchen Situation werden an die Streikenden auch noch Schreiben mit folgendem Wortlaut verschickt – Zitat –: Ihr Verhalten stellt daher einen schwerwiegenden Verstoß gegen Ihre arbeitsvertraglichen Pflichten dar. Wir weisen Sie darauf hin, dass wir dieses Verhalten in Form der Arbeitsverweigerung nicht akzeptieren können. Wir ermahnen Sie daher und fordern Sie hiermit auf, Ihrer arbeitsvertraglichen Pflicht entsprechend der Notdienstbestellung künftig nachzukommen. Wir betonen noch einmal, dass wir weitere arbeitsrechtliche Schritte vermeiden. – Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Ich weiß, wie so etwas bei einem Streik wirkt. Man sagt: Der Obermann hat sie nicht mehr alle. Mit so etwas kann man Öl ins Feuer gießen und die Beschäftigten einschüchtern.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Wenn das Streikrecht in dieser Republik noch etwas gilt, dann muss die Bundesregierung auf diesen Obermann einwirken. Dazu fordere ich die Bundesregierung auf. So kann man die Sache nun wirklich nicht lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Unternehmen, in dem Belegschaft und Vorstand so zerstritten sind, hält nicht mehr zusammen. Da kommt nichts mehr bei raus.

Die Bremer Stadtmusikanten haben die Räuber in die Flucht schlagen können, solange sie einheitlich aufgetreten sind. Allerdings stand bei den Bremer Stadtmusikanten der Esel zuunterst. Das scheint mir bei diesem Konzern anders zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Es ist die Verantwortung dieser Regierung, Personalpolitik zu betreiben und Herrn Obermann schnellstmöglich abzulösen. Er ist aus meiner Sicht nicht in der Lage, dieses Unternehmen gemeinsam mit den Beschäftigten zu führen.

(Beifall bei der LINKEN – Martin Zeil [FDP]:  
Und dann setzen wir Sie ein!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Martina Krogmann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Martina Krogmann (CDU/CSU):** (C)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über ein ernstes Thema.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb hat Herr Ernst begonnen!)

Das Klima zwischen Belegschaft und Vorstand bei der Telekom ist sehr aufgeheizt. Deshalb hätte ich mir gewünscht, Herr Ernst, dass Sie hier mit mehr Sachlichkeit argumentiert hätten. Ihre unwahren Behauptungen und marktschreierischen Töne sind fehl am Platz. Damit richten Sie Schaden an.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Martin Zeil [FDP])

Deshalb möchte ich einen Beitrag dazu leisten, dass die Debatte im Rahmen dieser Aktuellen Stunde sachlich und mit Argumenten geführt wird.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Ein guter Einstieg!)

Ich möchte den Rahmen dafür abstecken. Selbstverständlich hat der Bund eine Verantwortung für die Deutsche Telekom AG; das ist völlig klar. Wir können nicht so tun, als ginge uns das alles nichts an.

(Beifall des Abg. Ulrich Maurer [DIE LINKE])

Ebenso klar ist aber auch, wofür wir keine Verantwortung haben und auch nicht haben dürfen, nämlich für die operativen Entscheidungen im Unternehmen selbst. Die unternehmerischen Entscheidungen werden vom Vorstand getroffen, und er trägt dafür die Verantwortung. So funktioniert Marktwirtschaft. Das, was Sie eben gesagt haben, zeigt, dass Sie von der Linken das immer noch nicht begriffen haben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Martin Zeil [FDP] – Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: In der DDR war das anders! – Klaus Ernst [DIE LINKE]: 40 Jahre DDR in Bayern!)

Natürlich kann man die Sorgen der vielen Tausend Beschäftigten verstehen und nachvollziehen. Es ist ja nicht die erste Umstrukturierung bei der Telekom. Es ist klar, dass nach so vielen Umstrukturierungen in den letzten Jahren die Verunsicherung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – die Sorge um den Arbeitsplatz und die Sorge um die Existenz – groß ist.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Dazu haben Sie beigetragen!)

Auf der anderen Seite steht die Unternehmensleitung, die Interesse an Kostenoptimierung haben muss, um im knallharten Wettbewerb zu bestehen und Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Zulasten der Beschäftigten! – Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Sagen Sie doch was zur Dividende!)

Deshalb wäre es in der jetzigen Situation wünschenswert, wenn die Beschäftigten und das Management ihre

**Dr. Martina Krogmann**

- (A) Drohkulissen abbauen, gemeinsam zum Verhandlungstisch zurückkehren und einen Ausgleich ihrer Interessen finden würden.

Noch einmal: Dies ist nicht die Aufgabe der Politik, sondern der Unternehmensführung und der Belegschaft. Ich will Ihnen aber sagen, wofür wir als Politiker die volle Verantwortung tragen: Wir tragen die Verantwortung für den Regulierungsrahmen, das heißt für die Spielregeln, die zwischen dem ehemaligen Monopolisten Deutsche Telekom und den Wettbewerbern auf den Telekommunikationsmärkten bestehen. Hier war uns immer wichtig, eine faire Balance herzustellen. Es ist in unserem Interesse, dass wir eine starke Deutsche Telekom haben. Genauso ist es in unserem Interesse, dass wir starke Wettbewerber haben. Denn nur dann können wir das Wertschöpfungspotenzial dieser dynamischen Branche für Innovationen und sichere Arbeitsplätze in unserem Land nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Frank Spieth [DIE LINKE]: Durch Billigjobs!)

Deshalb ist es völlig absurd, dass Sie gesagt haben, Regulierung und Liberalisierung seien die Wurzel allen Übels.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: So ist es!)

Die Regulierung auf den TK-Märkten war ein unverzichtbares Instrument, um die ehemaligen Monopole aufzubrechen und einen funktionsfähigen Wettbewerb zu schaffen.

(B)

(Martin Zeil [FDP]: Genau!)

Ohne Regulierung hätten wir den Prozess der Privatisierung und Liberalisierung gar nicht durchführen können.

Die Liberalisierung ist eine Erfolgsgeschichte, Herr Ernst.

(Martin Zeil [FDP]: So ist es! – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das sehen die Beschäftigten, glaube ich, etwas anders!)

Die Verbraucher profitieren davon.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Martin Zeil [FDP])

Wenn wir uns die Verbraucherpreise ansehen, dann erkennen wir, dass die Preise im Vergleich zu 1998 in vielen Bereichen, zum Beispiel die Preise für Auslandstelefonate, um über 90 Prozent gesunken sind. Auf dem Mobilfunk- und dem Breitbandmarkt beispielsweise erleben wir einen Boom. Mittlerweile gibt es 83 Millionen Handyverträge – das sind mehr, als Deutschland Einwohner hat – und 15 Millionen Breitbandinternetanschlüsse.

Die Liberalisierung war auch für die Deutsche Telekom positiv.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Ah ja!)

(C) Ohne die Marktöffnung wäre sie nie ein solch erfolgreicher Global Player geworden, wie sie es heute ist, sondern sie wäre immer noch die alte graue Post. Auch deshalb ist die Behauptung der Linken, die Liberalisierung sei an allem schuld, einfach falsch und absurd.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Als Kunde vermissen ich ein bisschen den Service! Aber das macht ja nichts!)

Im Kern muss es uns darum gehen – das liegt in unserer Verantwortung –, die zukünftigen Rahmenbedingungen der Regulierung zu gestalten. Hier stehen im Rahmen des Review-Prozesses auf europäischer Ebene wichtige Entscheidungen an. Es ist an der Zeit, zu überlegen, ob die alten Grundsätze auch noch in Zukunft gelten können.

Unsere Positionen waren immer – dafür haben wir uns auch in der Großen Koalition stark gemacht –: Es darf keine europäische Superregulierungsbehörde geben. Es darf keine zusätzliche Bürokratie geben. Regulierung darf es nur noch dort geben, wo sie unbedingt erforderlich ist. Sie darf kein Selbstzweck werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Dr. Martina Krogmann (CDU/CSU):**

(D) Erlauben Sie mir bitte noch einen Schlusssatz, Frau Präsidentin. – Das ist die Verantwortung, die wir haben, der wir uns stellen und die wir übernehmen, anstatt mit marktschreierischen Parolen zur Unsachlichkeit beizutragen und Schaden anzurichten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das war ein schlagendes Argument!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich gebe das Wort dem Kollegen Martin Zeil, FDP-Fraktion.

**Martin Zeil (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Ernst, sowohl der Titel als auch der Zeitpunkt der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde sind verräterisch. Der Titel lautet „Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutschen Telekom AG“. Hier schwingt ein bisschen Nostalgie angesichts der Staatswirtschaft in Ihrem früheren Verantwortungsbereich mit.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Ja! Staatswirtschaft in Bayern!)

Dort hatte die Regierung nämlich eine beschäftigungspolitische Verantwortung für die Staatsunternehmen. Das war aber, wie wir heute wissen, mit vielen Schein-

**Martin Zeil**

- (A) arbeitsplätzen und maroden Unternehmensstrukturen verbunden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wo kommen Sie denn her?)

– Man muss die Demokratie leben. Ihnen mag das vielleicht schwerfallen. –

(Lachen bei der LINKEN)

Für diese staatswirtschaftliche Politik haben die Menschen in Ost und West im doppelten Sinne des Wortes teuer bezahlt.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Ja! Darum streiken sie ja gerade!)

Es ist nicht zu verkennen, dass Marktwirtschaft und Wettbewerb nicht immer einfach sind. Sie bringen für viele Menschen und ihre Schicksale auch Härten mit sich, gerade im Zeitalter der Globalisierung. Aber sie sind dem von Ihnen vertretenen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sowohl moralisch als auch am Erfolg gemessen haushoch überlegen, weil sie den Menschen trotz aller Widrigkeiten ihre Freiheit und Selbstbestimmung lassen und sie auffangen, wenn sie in Not geraten.

Auch der Zeitpunkt Ihres Antrags spricht Bände. Da befindet sich das Unternehmen Deutsche Telekom inmitten des immer härter werdenden Wettbewerbs in einer schwierigen Konsolidierungsphase, da finden Auseinandersetzungen statt, und da haben Sie nichts Besseres zu tun – das gilt vor allen Dingen für die Art und Weise, in der Sie es getan haben –, als diese Aktuelle Stunde zu beantragen. Damit schaden Sie dem ohnehin von Imageproblemen geplagten Unternehmen. Darüber hinaus gefährden Sie dadurch genau die Arbeitsplätze, die Sie zu schützen vorgeben.

- (B)

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Unsinn!)

Noch schlimmer, Herr Ernst, ist: Sie gaukeln den betroffenen Menschen Lösungen und politische Handlungsspielräume vor, die es gar nicht gibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jan Korte [DIE LINKE]: Doch! Die gibt es! – Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Sie existieren!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Mit dieser Art der Argumentation verabschieden Sie sich aus der seriösen Debatte. Damit stellen Sie sich in die schlimme Tradition politischer Rattenfänger.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Nein, wir Liberalen können und wollen nicht zurück zur Staatswirtschaft. In fast allen Fällen sind staatlich geführte oder staatlich beeinflusste Unternehmen den Beweis schuldig geblieben, dass sie erfolgreicher als private Unternehmen sind. Das muss auch Ihr Parteivorsitzender in spe erkannt haben, als er – damals noch als Finanzminister – den zweiten Börsengang der Telekom vorbereitet und auf den Weg gebracht hat.

- (Dr. Rainer Wend [SPD]: Was? Das kann ich mir nicht vorstellen!) (C)

Natürlich gehen Privatisierungen von Unternehmen und die Liberalisierung von Märkten nicht ohne Probleme vonstatten. Aber wenn es eine Erfolgsstory auf diesem Gebiet gibt, dann ist es der Telekommunikationsmarkt. Wir haben und wir hatten durch diese Liberalisierung einen ungeheuren Innovationsschub, und es sind auch neue Arbeitsplätze entstanden. Ich bin ganz sicher: Nicht einmal die ganz eingefleischten Linken wünschen sich das Einheitstelefon bei schlechtem Service und überhöhten Preisen zurück.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der LINKEN)

Leider ist auch die Position der Bundesregierung in dieser Frage nicht ganz klar. Lässt sie nun die Unternehmensleitung unabhängig agieren, oder will sie zumindest einen anderen Eindruck erwecken? Gerade der Finanzminister sendet hier widersprüchliche Signale. Da gab es das bekannte Treffen mit der Telekom-Unternehmensleitung und der Gewerkschaft,

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Das kann nicht sein! – Dr. Rainer Wend [SPD]: Das müssen Sie aber falsch verstanden haben!)

an dem pikanterweise Ihr Chef, Herr Kollege Wend, für die SPD-Fraktion teilgenommen hat. Interessant ist die Pressemitteilung des Ministeriums, die lautete:

Das Treffen diente der Information des Hauptanteileigners durch die Gewerkschaften und das Unternehmen. (D)

Für mich war das interessant. Ich wusste gar nicht, dass nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung die Interessen des Bundes durch den Finanzminister zusammen mit dem Chef der SPD-Bundestagsfraktion vertreten werden.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Das kann nicht schaden!)

Es ist schon bemerkenswert, wie hier ungeniert Staats- und Parteiinteressen vermengt werden. Was gilt nun? Unabhängigkeit der Unternehmensleitung oder doch politische Einflussnahme?

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Guido sollte auch teilnehmen! Der hat abgesehen!)

Wir sollten übrigens den Blick nicht immer nur auf das Großunternehmen richten, sondern auch auf die vielen mittelständischen Unternehmen, die inzwischen in diesem Markt tätig sind. Gerade diese Unternehmen nehmen oft eine ganz andere soziale Verantwortung wahr, als dies Großunternehmen tun bzw. tun können. Wer – wie die Linken, Herr Kollege Ernst – staatswirtschaftliche Strukturen und Monopole verteidigt, der gefährdet dadurch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im Mittelstand und handelt unsozial.

(Beifall bei der FDP)

**Martin Zeil**

- (A) Sorgen wir für fairen Wettbewerb, ob im Telekommunikations-, Bahn-, Energie- oder Postmarkt, und entlarven wir die Kampagne der Linken als das, was sie ist: hemmungsloser Populismus in bewusster Verantwortungslosigkeit.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Das hat in Deutschland noch nie etwas gebracht, vor allen Dingen keinen einzigen Arbeitsplatz.

(Beifall bei der FDP – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Sehr beeindruckend!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Martin Dörmann, SPD-Fraktion.

**Martin Dörmann (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Deutsche Telekom AG ist mit rund 160 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 32,5 Milliarden Euro im Inland einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Zum Vergleich: Alle Wettbewerber der Telekom zusammen beschäftigen insgesamt nur rund 56 000 Menschen, und das bei einem inzwischen sogar höheren Gesamtumsatz von 35,2 Milliarden Euro im Jahr 2006. Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Telekom kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

- (B) Zugleich verdeutlichen diese Zahlen, in welcher schwieriger Lage sich die Telekom in einem Wettbewerb befindet, der von einem harten Preiswettkampf geprägt ist. Wir wissen das. Die Kosten für ein Telefongespräch im Festnetz sind zum Teil um 96 Prozent gefallen. Allein im Jahr 2006 hat die Telekom 2 Millionen Kunden in diesem Bereich verloren.

Die Politik kann und darf es also nicht kalt lassen, welche Entwicklung das Unternehmen nimmt – einerseits weil es um viele betroffene Menschen geht, andererseits weil die Telekom weiterhin der wichtigste Motor für Innovation und Investition im Telekommunikationsbereich ist. Wir wollen deshalb eine starke Telekom, übrigens auch als Global Player. Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass die Regierungspolitik – ich sage: auch die Regierungspraxis – so ausgestaltet wird, dass faire Wettbewerbsbedingungen herrschen und Investitionen der Telekom gefördert und nicht behindert werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist bereits angesprochen worden, dass der Bund zusammen mit der KfW derzeit 31,7 Prozent der Aktien hält und damit immer noch größter Anteilseigner bei der Telekom ist. Diese Tatsache hat sicherlich in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass der notwendige Personalumbau bei der Telekom in den letzten Jahren stets sozialverträglich erfolgt ist. Die SPD ist deshalb übrigens der Ansicht, dass der Bund auf absehbare Zeit weiterhin mehr als 25 Prozent der Anteile halten sollte, um für stabile Rahmenbedingungen zu sorgen und um die Gefahr von Übernahmen durch Finanzinvestoren, die ja nicht unrealistisch ist, zu verringern.

(Beifall bei der SPD)

Zudem sind wir nach wie vor sehr daran interessiert, die Telekom als integrierten Konzern zu erhalten. (C)

Auf der anderen Seite ist aber auch klar – das ist an die Fraktion Die Linke gerichtet –, dass der Bund nicht direkt in Unternehmensentscheidungen eingreifen darf. Das wird schon durch das Aktienrecht verboten. Es ist in keiner Weise seriös, solche unrealistischen Erwartungen zu wecken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich bedauere es sehr, dass es der früheren Unternehmensleitung in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die Telekom im Wettbewerb besser zu positionieren. Durch insgesamt 16 Umorganisationen wurden in der Vergangenheit nicht die gewünschten Effekte erzielt.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: So ist es!)

Hierdurch ging – das muss man konstatieren – bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchaus zu Recht viel Vertrauen verloren, was sich jetzt rächt;

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: So ist es!)

denn nun wird das Unternehmen zusätzlich durch einen Streik erschüttert. Es ist bedauerlich, dass hierdurch die bisherige Konsenskultur bei der Telekom ein Stück weit infrage gestellt wird; denn in der Vergangenheit haben beide Parteien bei den Tarifvertragsverhandlungen auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu Lösungen gefunden, die dann auch gemeinsam getragen wurden. (D)

Nun hat der Vorstand der Telekom ein umfangreiches Umstrukturierungs- und Sparpaket vorgelegt, das von Verdi vehement abgelehnt wird. Wenn man gerecht ist, muss man konstatieren, dass sich beide Seiten in einer schwierigen Lage befinden, für die man jeweils Verständnis haben muss. Auf der einen Seite will der Unternehmensvorstand die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig verbessern, um eine langfristige Perspektive, auch für Beschäftigung, aufzubauen. Auf der anderen Seite ist es aber auch mehr als verständlich, dass die Belegschaft und die Gewerkschaft insbesondere der vorgeschlagenen drastischen Lohnabsenkung von 9 Prozent nicht zustimmen können. Für einen Familienvater, der womöglich noch sein kleines Haus abzahlen muss, sind solche Einschnitte letztendlich nämlich kaum verkraftbar.

Ich denke, die Politik ist gut beraten, sich bei den möglicherweise wieder anstehenden Tarifverhandlungen und dem jetzigen Streik in der Öffentlichkeit ein Stück weit zurückzuhalten, um die Tarifautonomie auch an dieser Stelle zu wahren. Auf der anderen Seite sage ich aber auch deutlich, dass wir als SPD ein großes Interesse daran haben – und wir alle haben sollten –, dass möglichst bald eine gute Kompromisslösung gefunden wird. Deshalb hat die SPD gerade in den letzten Wochen im Hintergrund versucht, Gespräche mit beiden beteiligten Tarifvertragsparteien zu führen, um diese wieder näher zusammenzubringen; denn es kann weder im Interesse des Unternehmens noch der Beschäftigten sein, wenn

**Martin Dörmann**

- (A) die Kunden durch einen langen Streik zusätzlich verunsichert werden.

Ich hoffe deshalb sehr, dass am Ende beide Seiten wieder zusammenfinden und zu einer tragfähigen Lösung kommen, die einerseits den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Unternehmens, andererseits aber auch den berechtigten Interessen der Beschäftigten auf dauerhafte Beschäftigung und gerechte Löhne gerecht wird. Beide Seiten, Vorstand und Verdi, tragen hier eine große Verantwortung – um die sie wahrlich nicht zu beneiden sind und die ihnen auch niemand abnehmen kann – für die Zukunft des Unternehmens Telekom und für die vielen Menschen, die dort arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Brigitte Pothmer, Bündnis 90/Die Grünen.

**Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dörmann, es stimmt: Die Telekom befindet sich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Es ist auch richtig, dass der Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt extrem hart geworden ist. Im Jahr 2006 hat die Telekom allein im Festnetzbereich 2 Millionen Kunden verloren. Im ersten Quartal dieses Jahres ist das leider überhaupt nicht besser geworden.

(B)

Ich bezweifle also an keinem Punkt, dass es bei der Telekom einen großen Sanierungsbedarf gibt. Es stellt sich aber die Frage, ob die Einsparung im Personalbudget tatsächlich die einzige Schraube ist, an der man sinnvollerweise drehen kann. Ich glaube fest daran, dass sich auch durch die Verbesserung der Dienstleistungsqualität Marktanteile gewinnen lassen. Dass die Telekom hier noch einen Nachholbedarf hat, kann ich Ihnen aus eigener schildern. Um die Dienstleistungsqualität wirklich zu verbessern, braucht man aber gut qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die kommen der Telekom aufgrund des Vorgehens des Vorstandes jetzt gerade abhanden. Das werden Sie nicht bezweifeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Beschäftigten haben in den letzten Jahren erhebliche Solidarbeiträge geleistet. Sie haben ein Einsehen in die Schwierigkeit der Situation gezeigt. Sie haben eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 34 Stunden und damit eine Reduzierung ihres Lohnes hingenommen. Aber jetzt sollen sie nicht nur 38 Stunden oder mehr für diesen abgesenkten Lohn arbeiten, sondern auch eine weitere Lohnkürzung um 9 Prozent in Kauf nehmen. Dass das auf Widerstand stößt, ist sicherlich verständlich.

Nach den Vorstellungen des Telekom-Vorstands soll eine neu eingestellte Mitarbeiterin im Callcenter zukünftig 1 150 Euro brutto verdienen. Das sind die Armuts-

löhne, gegen die die SPD-Fraktion auf der Straße Unterschriften sammelt. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das sind die Armutslöhne, gegen die Minister Müntefering und auch der Finanzminister Unterschriften sammeln. Damit will die Telekom bis zum Jahr 2010 4,5 Milliarden Euro einsparen. Aber gleichzeitig verspricht die Telekom ihren Aktionären, dass die Rekorddividende von 3 Milliarden Euro im Jahr 2006 auch 2007 gezahlt wird. Die Rendite steigt, die Löhne sinken. Dass das dazu führt, dass die Beschäftigten auf die Barrikaden gehen, kann doch niemanden verwundern.

Nun stellt sich die Frage, was die Bundesregierung macht. Hat sie wirklich keine Rolle zu spielen? Sie sitzen im Aufsichtsrat

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

und haben genau diesem Sanierungsprogramm zugestimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt machen Sie sich einen schlanken Fuß und gucken einfach zu, wie der Karren an die Wand fährt.

Zusätzlich haben Sie zur Sanierung des Bundeshaushaltes noch Aktien verkauft, und zwar an genau die „Heuschrecken“, die Sie angeblich regulieren wollen. Sie haben so viele Marktanteile an den Finanzinvestor Blackstone verkauft, dass dieser einen Aufsichtsratsposten bekommen hat und das Sanierungsprogramm unterstützt. Dafür trägt die Bundesregierung Verantwortung. Das können Sie nicht leugnen, Herr Dörmann und Frau Krogmann. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Jetzt halten Sie sich heraus, ziehen den Kopf ein und lassen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Strategie ausbaden.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Jawohl!)

Ich verlange nicht von Ihnen, dass Sie quasi staatsdirigistisch die Vorstandsaufgaben übernehmen. Aber die Gleichgültigkeit, die Sie gegenüber einem ehemaligen Staatsunternehmen, bei dem Sie Mehrheitsanteilseigner sind, an den Tag legen, ist unverantwortlich. Ich finde, so können Sie sich Ihren Verpflichtungen nicht entziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Der Konflikt zerreißt den Konzern. Dabei können Sie nicht einfach zugucken. Dann gibt es nur Verlierer. Das können wir nicht wollen.

Wenn es so weitergeht, besteht die Gefahr, dass es am Ende bei der gesamten Telekom heißt: „Kein Anschluss unter dieser Nummer“. Bei den Beschäftigten bliebe

**Brigitte Pothmer**

- (A) dann der Eindruck hängen: Sie haben sich verwählt. Für die Große Koalition gilt das in jedem Fall.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Dobrindt, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Alexander Dobrindt (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Pothmer, ich war fast geneigt, festzustellen, dass in diese Debatte etwas Objektivität zurückgekehrt ist und dass sie nach dem Beitrag von Herrn Ernst wieder in Ruhe und Besonnenheit geführt wird. Nach Ihrem Beitrag ist das aber leider nicht mehr möglich. Sie haben im Prinzip die Hetze, die Herr Ernst begonnen hat, fortgesetzt, indem Sie falsche Tatsachen verkünden und die Menschen verunsichern.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der  
FDP – Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]:  
Das ist nicht wahr!)

Sie haben, was die Löhne angeht, nicht die Wahrheit gesagt. Sie haben nur einen Teil dessen beschrieben, was die Telekom tatsächlich angeboten hat. Des Weiteren haben Sie mit Blackstone einen Investor angesprochen, der hier durchaus erwähnt werden kann. Herr Ernst, Sie sind Gewerkschaftssekretär. Dem Vernehmen nach scheint die Gewerkschaft nicht unerhebliche Mittel bei Blackstone geparkt zu haben. Vielleicht ist es an der Zeit, nachzufragen, welchen Einfluss Sie dabei eigentlich haben.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dennoch ist es ausgesprochen positiv, sich hier mit einem der immer noch großen deutschen Vorzeigeunternehmen und dessen Mitarbeitern zu beschäftigen, vor allem dann, wenn dieses Unternehmen in einer Neuausrichtung begriffen ist und es natürlich unser aller Ziel sein muss, dass sie letztlich dazu führt, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben, dass die Menschen, die dort arbeiten,

(Zuruf von der LINKEN: Zu Hungerlöhnen!)

nicht im Regen stehen gelassen werden. Selbstverständlich sollte die Neuausrichtung auch dazu führen, dass neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Wir haben natürlich mit der Telekom ebenfalls Gespräche geführt. Auch die Deutsche Telekom muss wissen, wie die Position des Bundestages und seiner Abgeordneten ist. Wir haben der Deutschen Telekom eine ganze Reihe von Aufgaben mitgegeben, die wir gern erfüllt sähen.

Einer der wichtigen Punkte hierbei ist für uns die Standortsicherung. Viele unserer Kollegen haben in ihren Wahlkreisen Standorte der Deutschen Telekom; diese Standorte wollen wir natürlich erhalten. Wir wollen nicht, dass sich die Telekom in die Städte, in die Metropolen zurückzieht. Die Telekom muss auch auf dem

Land als Marke und als Arbeitgeber präsent sein. Wegen der von ihr dort zur Verfügung gestellten Arbeitsplätze ist uns auch die zukünftige Struktur der Callcenter ganz besonders wichtig. Deswegen haben wir die Deutsche Telekom wissen lassen: Wir wollen, dass die Deutsche Telekom in ihrer Breite, auch die Callcenter, im ländlichen Raum weiterhin vertreten ist. (C)

Ein zweiter wichtiger Punkt: Beschäftigungssicherung hat für uns ganz besonderen Vorrang. Man muss sich unter diesen Umständen einmal vor Augen führen, dass dieses Unternehmen nicht mehr wie in alten Monopolzeiten keinem Wettbewerb ausgesetzt ist; vielmehr hat inzwischen wohl fast jeder begriffen, dass die Deutsche Telekom mit Preisen arbeitet, die sich im Markt so nicht mehr durchsetzen lassen. Die von meinen Vorrednern dargelegten Zahlen, wie viele Kunden die Deutsche Telekom täglich verliert, müssen genannt werden und sind Anlass für das Unternehmen, zu handeln und sich neu auszurichten. Deswegen ist es ein weiterer entscheidender Punkt, dass sich dieses Unternehmen, das in vielen Bereichen leider Gottes viel zu teuer geworden ist, so aufstellt – übrigens in Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern; denn nur ein Unternehmen, das heute dem Wettbewerb standhalten kann, ist auch in der Lage, weiterhin Beschäftigung für Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen – und dafür sorgt, dass es wettbewerbsfähig ist und somit Beschäftigungssicherung betreibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als dritten Punkt haben wir angesprochen, dass dieses Unternehmen auch nach unserer Auffassung nur dann rentabel bleiben kann, wenn es eine Qualitätsoffensive durchführt. Eine solche Offensive ist angekündigt. Nach unserer Überzeugung ist es notwendig, dass das Unternehmen wieder näher an die Kunden heranrückt. Das versucht es. Daneben sind wir der Überzeugung, dass diese Offensive nur dann wirklich funktionieren kann und eine Steigerung der Qualität möglich ist, wenn man eine Umorganisation gemeinsam mit den Mitarbeitern vornimmt. In diesem Zusammenhang haben wir der Deutschen Telekom unsere Forderung mitgeteilt, sie solle sich in Abstimmung mit den Mitarbeitern in einen Veränderungsprozess begeben – die Fähigkeit hierzu hat die Telekom bereits oftmals gezeigt –, der letztlich zur Verbindung von Qualitätsoffensive und Offensive zur Stärkung im Wettbewerb führt. (D)

Ich bin überzeugt – Anzeichen dafür gibt es –, dass sich vielleicht schon in den nächsten Tagen eine Lösung finden wird, dass man auf beiden Seiten bereit ist, sich ein Stück weit entgegenzukommen. Meines Erachtens ist es für uns alle notwendig, dass dieses Unternehmen mit möglichst vielen Mitarbeitern und seinen Standorten draußen im ländlichen Raum erhalten bleibt, dass es nicht in eine Situation gerät – –

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Herr Kollege!

**Alexander Dobrindt (CDU/CSU):**

Das ist mein letzter Satz: Das Unternehmen sollte nicht in eine Zerschlagungssituation geraten, in der es

**Alexander Dobrindt**

- (A) unter Umständen zu Verkäufen kommt, in deren letzter Konsequenz es für das Unternehmen hinsichtlich Beschäftigung, Standorte und Wettbewerb schlechter wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Kornelia Möller, Fraktion die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Kornelia Möller (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wieder einmal muss sich das Parlament mit den sozialen Folgen befassen, die durch Gier und Unfähigkeit von Managern eines Großkonzerns entstanden sind. Ich finde, die Bundesregierung ist feige. Keiner ihrer Vertreter spricht in dieser Aktuellen Stunde. Sie kommt damit nicht ihrer Verantwortung nach, die sie als Anteilseigner von 30 Prozent hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber heute steht auch der Bundestag in der Verantwortung. Mit seiner neoliberalen Mehrheit hat er schließlich in den 90er-Jahren den Weg für die Privatisierung frei gemacht. Das war der Beginn des sozialen Abstiegs Tausender Kolleginnen und Kollegen der Telekom. Was folgte, ist bekannt: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Druck auf Löhne und Arbeitszeiten sowie Entlassungen von Beschäftigten.

(B)

Bereits 2004 haben fast 100 000 Kolleginnen und Kollegen der Telekom ihre Arbeitsplätze verloren. Nun soll es weitergehen. 50 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in neue Tochtergesellschaften ausgelagert werden, in denen sie für weniger Geld länger arbeiten müssten. Wenn nach den Plänen des Telekom-Managements fast jeder Dritte ausgegliedert wird, dann bedeutet das nicht 9 Prozent Lohneinbußen. Vielmehr handelt es sich um Einkommensverluste von bis zu 44 Prozent. Das können Sie nicht verschleiern.

(Beifall bei der LINKEN)

Was tun nun die Vertreter der Regierung und der Regierungskoalition? Sie verstecken sich nicht nur hinter den angeblich notwendigen unternehmerischen Entscheidungen der Telekom und lassen arbeitsmarkt-, regional- und sozialpolitische Erwägungen völlig unberücksichtigt. Schlimmer noch: Die Große Koalition weigert sich, ihre soziale Verantwortung für die Kolleginnen und Kollegen der Telekom wahrzunehmen. Sie behauptet, es handle sich um ein operatives Geschäft, in das man nicht eingreifen dürfe. Das ist Quatsch. Das ist vielmehr eine strategische Entscheidung.

(Beifall bei der LINKEN)

In Zeiten eines von Regierung und Unternehmerverbänden als beispiellos gepriesenen wirtschaftlichen Aufschwungs und bei gleichzeitig von den Aktionären der Telekom angepeilten Dividenden in Höhe von über 3 Milliarden Euro betreiben Management und Bundesre-

- gierung einen gigantischen Personalabbau zum Zwecke kurzfristiger Gewinnmaximierung. Das ist ein Skandal, und Sie, meine Damen und Herren von der Großen Koalition, decken ihn. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Umso mehr unterstützt die Linksfraktion den von Verdi organisierten Streik der Kolleginnen und Kollegen der Telekom. Wir sagen Nein zur Auslagerung, Nein zum Abbau sozialer Standards und Nein zu Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen. Aus dem Bundestag heraus sage ich als Vertreterin der Linken meinen Kolleginnen und Kollegen der Telekom: Wir stehen an eurer Seite und unterstützen euch. Ihr könnt euch auf unsere Solidarität verlassen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Rainer Wend [SPD]: Glück auf!)

Wir erneuern unsere Forderung nach Schaffung des Rechts auf politischen Streik. Ihre verantwortungslose Politik, meine Damen und Herren der Koalition, macht einmal mehr deutlich, wie wichtig der politische Streik ist. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich gegen den neoliberalen Zusammenschluss von Großkapital und Politikern in ihrem Kampf um Arbeit und soziale Gerechtigkeit artikulieren können,

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Kampf – genau! Ja, immer weiter!)

wenn die Demokratie ernst genommen werden soll. Das scheint Sie nicht mehr zu interessieren, liebe Kollegen von der SPD. (D)

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Eine Parole nach der anderen!)

Bei den Kolleginnen und Kollegen der Telekom heucheln einige von Ihnen Solidarität. Aber gleichzeitig wird im Aufsichtsrat beschlossen, die Arbeitsplätze von Kolleginnen und Kollegen auszulagern und sie für bis zu 44 Prozent weniger Einkommen arbeiten zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich lasse nun Kolleginnen und Kollegen der Telekom zu Wort kommen, zum Beispiel Gustav Schwab aus München, unterstützt von Günter Schleicher, Betriebsrat in Berlin:

Ich arbeite seit 25 Jahren – damals noch bei der Post und jetzt – bei der Telekom. Ich habe über Jahrzehnte SPD gewählt, da sie in der Vergangenheit für Arbeitnehmerrechte stand. Was im Moment bei der Telekom mit Unterstützung der Bundesregierung passiert, kann ich nur als Verkaufen meiner Existenz und der Zukunft meiner Kinder betrachten.

Da meine Redezeit fast zu Ende ist, kann ich nicht auf alle Zitate eingehen. Wenn es Sie interessiert, gebe ich sie Ihnen gerne. Nur noch ein Zitat von einer Betriebsrätin, die zusammen mit anderen Kollegen in sieben Bussen von München nach Nürnberg zur Demonstration gefahren ist:

**Kornelia Möller**

- (A) Für die Beschäftigten der Telekom ist es wichtig, die Politiker bei der Ehre zu packen.

Sie tragen die Verantwortung und sind nicht Opfer, sondern Täter. Wer, wie die SPD, im Aufsichtsrat mit entscheidender Stimme für die Ausgliederung gestimmt hat, ist Täter.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Bernhard Brinkmann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Bernhard Brinkmann (Hildesheim) (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus den Ausführungen der Vorrednerinnen und Vorredner ist eines deutlich geworden – ich glaube, die Meinung teilen wir alle –: Das, was zurzeit bei der Telekom passiert, ist ein sehr ernstes Thema. Es herrscht ein frostiges Klima. Zu der Frage, wie man einwirken kann, um zu Lösungen zu kommen, gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen.

Herr Kollege Ernst, ich will Ihnen eines deutlich machen. Es geht aus Ihrer Biografie hervor, dass Sie als Gewerkschaftssekretär von den Aufgaben eines Aufsichtsrates und von dem, was im Aktiengesetz steht, Kenntnis haben.

(B)

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hofft man zumindest!)

Wenn dem nicht so sein sollte, will ich es Ihnen in aller Deutlichkeit sagen; denn Sie haben hier so getan – ich will Ihnen da keine Absicht unterstellen –

(Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: Was?)

– ich bin da sehr vorsichtig –, als wenn die Aufsichtsräte in das operative Geschäft eingreifen könnten.

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Strategische Entscheidungen, Herr Kollege! – Weitere Zurufe von der LINKEN: Hat er nicht gesagt! – Das sind Entscheidungen des Aufsichtsrates!)

– Immer dann, wenn sich die Linke ertappt fühlt, wird sie laut.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Quatsch!)

Genau das ist der Punkt, auf den man hier in aller Deutlichkeit hinweisen muss.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

So heißt es ganz klar in einer Antwort der Bundesregierung in Bezug auf das Aktiengesetz:

Die unternehmerischen Aufgaben der Telekom sind nach Aktienrecht dem Vorstand übertragen, der

diese in seiner Gesamtverantwortung gegenüber Kunden, Aktionären und Beschäftigten erfüllt. (C)

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Auf die operativen Vorstandsbeschlüsse darf der Bund, wie alle anderen Aktionäre auch, gemäß Aktiengesetz keinen Einfluss nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Linken, auch das sollten Sie sich in aller Deutlichkeit vor Augen führen.

(Zurufe von der LINKEN)

– Dass Sie schon wieder laut werden, zeigt wieder einmal, dass Sie sich getroffen fühlen.

Ich will Ihnen einen zweiten Punkt deutlich machen. Für die Arbeit des Aufsichtsrates gilt § 116 des Aktiengesetzes, der Sorgfalt, gewissenhafte Aufgabenerfüllung und Verschwiegenheit von den Mitgliedern des Aufsichtsrates verlangt. Ich bin schon ein bisschen erstaunt, dass die Rednerinnen der Linken und auch zum Teil die Kollegin Pothmer von den Grünen anscheinend Dinge wissen, über die in Aufsichtsratssitzungen Verschwiegenheit und Vertraulichkeit vereinbart wurden. Auch das ist ein ernst zu nehmender Vorgang. Man muss irgendwann einmal herausfinden, wer die Informanten waren oder wer absichtlich oder unabsichtlich falsch informiert hat.

(Ulrich Maurer [DIE LINKE]: Das steht doch in der Zeitung!)

Herr Ernst, das, was Sie hier vorgetragen haben, nützt den Beschäftigten nichts. (D)

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Wir sehen das anders!)

Sie spielen mit den Ängsten der Beschäftigten aus rein populistischen Gründen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Darum wird diese durchsichtige Aktion keinen Erfolg haben.

Gehen Sie doch einmal zu denen – das hat der Kollege von der Union ausgeführt –, die vor Ort bei den Telekom-Einrichtungen Verantwortung tragen! Ich habe dies getan und mehrere Gespräche mit dem zuständigen Verdi-Geschäftsführer gehabt.

(Zuruf von der LINKEN: Wir auch!)

Das, was Sie der staunenden Öffentlichkeit suggerieren, hat eines zum Ziel – das wird sich irgendwann als absolut durchsichtig herausstellen –: Die Einzigen, die sich um die Probleme bei der Telekom kümmern, ist die PDS, die Linke, die WASG – oder wie auch immer. Das sind sie nicht. Auch die Bundesregierung und die SPD kümmern sich darum. Die Gespräche, die im Hintergrund geführt worden sind, werden dazu führen, dass es zu einem vernünftigen Kompromiss kommt. Wir jedenfalls wünschen uns das, und wir werden Ihre populistischen Attacken mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich gebe das Wort dem Kollegen Peter Rauen, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Peter Rauen (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 50 000 Mitarbeiter der Telekom sollen 9 Prozent weniger Lohn oder Gehalt bekommen; gleichzeitig sollen sie statt 34 Stunden 38 Stunden arbeiten. Das ist für die Betroffenen ein ganz harter und brutaler Einschnitt. Um sich das klarzumachen, muss man sich nur einmal vorstellen, was das für die privaten Planungen bedeutet. Umso verantwortlicher finde ich es

(Zurufe von der CDU/CSU: Unverantwortlicher!)

– unverantwortlicher –, dass Sie, Frau Möller, Herr Ernst und auch Frau Pothmer, hier so tun, als wenn die Politik an diesem Umstand etwas ändern könnte.

(Kornelia Möller [DIE LINKE]: Ich finde es schön, dass Sie für verantwortlich halten, was ich gesagt habe! Ich danke Ihnen dafür!)

Ich bin Herrn Brinkmann sehr dankbar dafür, dem Ernst dieses Themas gerecht geworden zu sein, indem er festgestellt hat – auch die Kollegin Krogmann hat es zu Beginn ihrer Rede getan –, welche Möglichkeiten der Bund insgesamt hat. Herr Brinkmann hat völlig zu Recht zitiert, dass die unternehmerischen Aufgaben der Deutschen Telekom nach dem Aktienrecht dem Vorstand übertragen sind, der diese in seiner Gesamtverantwortung gegenüber Kunden, Aktionären und Beschäftigten erfüllen muss.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Aber nicht die strategische Entscheidung! Das hätte er hinzufügen müssen!)

– Ich komme darauf noch zu sprechen. Es ist wirklich so: Wenn man sich ertappt fühlt, dann wird man hier laut und schreit in den Plenarsaal hinein.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Oder man macht komische Tierlaute!)

Vielleicht können Sie noch einen Moment ruhig sein.

Es ist ferner festgehalten, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates allein dem Unternehmensinteresse verpflichtet sind. Sie haben gezielt auf Maßnahmen hinzuwirken, die für das Unternehmen wirtschaftlich sinnvoll oder erforderlich sind. Auf die operativen Vorstandsbeschlüsse will und darf der Bund wie alle anderen Aktionäre auch gemäß Aktiengesetz keinen Einfluss nehmen. Ich wiederhole das, weil ich es für unverantwortlich halte, so zu tun, als könnte die Politik an dieser Sache etwas ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Frau Matthäus-Maier von der KfW, die gemeinsam mit dem Bund 33,1 Prozent der Anteile an der Telekom

hält, ist dem Gesetz nach verpflichtet, sich so zu verhalten, wie sie es tut. **(C)**

Ich will mit aller Ernsthaftigkeit sagen: Wir in Deutschland können eigentlich stolz sein, dass die Telekom das größte Telekommunikationsunternehmen in Europa ist. Ich lese einmal vor, wer welche Umsätze erzielt: Die Deutsche Telekom hat 2005 einen Umsatz in Höhe von 74 Milliarden Dollar erzielt, Vodafone 65 Milliarden, France Télécom 60 Milliarden, die spanische Telefónica 48 Milliarden Dollar; ich könnte die Liste fortführen. Die ausländischen Telekommunikationsunternehmen haben weitaus weniger Beschäftigte als die Telekom. Die Telekom erzielt 60 Prozent ihrer Umsätze im Inland. Außerdem arbeitet die Hälfte der Beschäftigten der Telekom im Inland. Ich hoffe, dass das so bleibt.

Für mich steht völlig außer Frage, dass das Management der Telekom in den letzten Jahren große Fehler gemacht hat. Das will ich überhaupt nicht leugnen. Aber ich frage mich schon, warum es keine Annäherung zwischen Management und Betriebsrat gibt; schließlich sind die Betriebsräte in der Regel sehr interessiert und wissen genau, was im Unternehmen notwendigerweise getan werden muss.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: So ist es!)

Wenn einer Firma die Kunden weglaufen, wenn die Umsätze und damit auch die Zahl der Aufträge zurückgehen und wenn deswegen weniger Menschen beschäftigt werden können, dann macht sich in der Regel der Betriebsrat die meisten Gedanken darüber, wo es denn eigentlich klemmt. **(D)**

Da ich praktisch veranlagt bin, habe ich mir einmal angeschaut, was 9 Prozent weniger Lohn oder Gehalt und vier Stunden mehr Arbeit eigentlich bedeuten; mich interessieren die absoluten Größen, die Zahlen. Ein bei der Telekom angestellter Callcenteragent mit Berufserfahrung, der 34 Stunden in der Woche arbeitet, verdient 38 800 Euro im Jahr. Wenn er 38 Stunden in der Woche arbeitet, dann verdient er 41 500 Euro. Frau Pothmer, die Reduzierung der Löhne und Gehälter um 9 Prozent bezieht sich auf den Betrag von 38 800 Euro.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

– Sagen Sie nicht Nein. Wenn Sie hier so tolle Dinge von sich geben, dann müssen Sie sich vorher schon informiert haben. Sie haben eben von 1 150 Euro gesprochen; das ist völliger Unfug.

(Bernhard Brinkmann [Hildesheim] [SPD]: Armutslöhne!)

Es wird zwar gedroht, dass Mitarbeiter zu T-Mobile versetzt werden, wenn es zu keinem Abschluss kommt.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, die Neueinstellungen!)

Bei T-Mobile verdient ein Berufsanfänger 20 000 Euro im Jahr – Sie können das nachlesen –; nach drei Jahren verdient er dann 26 100 Euro. Das Angebot des Arbeitgebers besteht darin, das Jahresgehalt von 38 800 Euro bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 34 Stunden um

**Peter Rau**

- (A) 9 Prozent zu kürzen. Nach der Reduzierung um 9 Prozent liegt der Stundenlohn immer noch bei über 20 Euro. Ich sage das nur deshalb, weil Sie und andere Redner so tun, als wenn bei den Betroffenen nichts als Elend Einzug halten würde.

Bei allen Schwierigkeiten, die es für die Arbeitnehmer gibt, frage ich mich, warum auf dieser Basis nicht eine Regelung erreicht werden kann. Ich persönlich habe den Eindruck, dass die Mitarbeiter dies möglicherweise mittrügen, wenn sie bei der Telekom ein Gesamtkonzept sähen, bei dem der Konzern aus den negativen Schlagzeilen herauskäme. Statt scheinbar immer wieder neue Hiobsbotschaften zu verkünden, sollte man hier reinen Wein einschenken, und zwar nicht nur bezogen auf die 50 000 Mitarbeiter, die in andere Gesellschaften ausgegliedert werden sollen, sondern auch bezogen auf die Frage: Wie sieht die Konzeption der großen, stolzen Telekommunikations-AG aus, um zukünftig aus den Schlagzeilen herauszukommen, vor allen Dingen den Aktienwert zu erhalten – 1,7 Millionen Aktien haben immerhin die Arbeitnehmer der Telekom – und nicht Riesenverluste beim Aktienwert einzufahren, wie wir es bei der Telekom schon erlebt haben?

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich gebe das Wort dem Kollegen Gregor Amann, SPD-Fraktion.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Gregor Amann (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich vor einigen Wochen im Wahlkreis mit Mitarbeitern und Betriebsräten der Telekom getroffen – dies haben wahrscheinlich auch weitere Kollegen aus dem Hause getan –, und sie haben mir ihre Ängste und Sorgen geschildert.

Die Pläne des Managements sehen vor – ich mache das im Schnelldurchlauf; es wurde schon mehrmals wiederholt – die Ausgliederung von knapp 50 000 Mitarbeitern in drei neue Gesellschaften mit dem Ziel der Verschlechterung der Tarif- und Arbeitsbedingungen – verbunden mit der Angst der Mitarbeiter vor einem späteren Verkauf dieser Gesellschaften –, eine Anhebung der Wochenarbeitszeit von 34 auf 38 Stunden bei gleichzeitiger Lohnsenkung, die für einzelne Mitarbeiter 500 Euro oder mehr im Monat ausmachen kann, und das vor dem Hintergrund eines riesigen Überhangs von Überstunden und ständiger Umstrukturierungen in den vergangenen Jahren.

Die Arbeitnehmer haben in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Zugeständnisse gemacht. So haben sich der Vorstand und Verdi 2004 auf einen Lohnverzicht von 6,5 Prozent bei Einführung der 34-Stunden-Woche geeinigt. Jetzt soll die Arbeitszeit wieder auf 38 Stunden angehoben werden.

(C) Es ist kein Wunder, so sagten mir die Arbeitnehmer, dass es bei all diesen Belastungen bei der Telekom zu einem hohen Krankenstand kommt. Ich kann den Ärger, die Ängste und die Befürchtungen der Telekom-Beschäftigten mehr als nachvollziehen. Wir sollten das ernst nehmen.

Die Folge ist bekannt: der erste Streik seit Gründung der Telekom AG. Seit einiger Zeit sind Zigtausende von Telekom-Mitarbeitern auf der Straße.

Die andere Seite der Medaille ist, dass die Marktsituation des Unternehmens schwierig ist. Der Marktanteil sinkt ständig. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres hat die Telekom knapp 600 000 Kunden verloren. Der Telekommunikationsmarkt ist von einem harten Preiswettbewerb geprägt – das wurde schon genannt –; Inlandsgespräche kosten heute nur noch ein Dreißigstel von dem, was sie noch vor zehn Jahren gekostet haben. Das ist gut für uns als Verbraucher. Das war auch so gewollt. Der Internetboom der letzten Jahre war nur dadurch möglich. Aber natürlich ist es ein Problem für das Unternehmen und setzt das Management unter Druck.

Seit 1995 wurden 120 000 Stellen gestrichen, übrigens sozialverträglich. Es gab keinen Streik deswegen. Der Vorstand der Deutschen Telekom steht in der Tat vor der großen Herausforderung, die bestehenden Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern – in einem sehr schwierigen Markt- und Wettbewerbsumfeld.

(D) Wahr ist aber auch: Die Telekom ist kein Pleitekandidat. Sie macht Milliardengewinne. Anfang Mai wurde bekannt gegeben – darauf wurde schon hingewiesen –, dass 3 Milliarden Euro Konzerngewinn komplett als Dividende an die Anteilseigner ausgezahlt werden. Die Einspareffekte der geplanten Maßnahmen beim Personalumbau betragen einige Hundert Millionen Euro. Ich stelle das den 3 Milliarden Euro Dividende für die Anteilseigner gegenüber.

Dennoch glaube ich, dass ein Kompromiss möglich ist. In den Zeitungen werden bereits Lösungen diskutiert. Ich will das weder darstellen noch kommentieren. Das wäre ein Eingriff in die Tarifautonomie. Ein Eingriff von der Bundesregierung oder gar vom Bundestag in das operative Geschäft ist nicht möglich; das wurde nun wirklich ausgiebig dargestellt. Wer das fordert oder suggeriert, dass das möglich ist, wirft Nebelkerzen. Die Lösung muss von den Tarifparteien ausgehandelt werden. Die Politik schafft nur die Rahmenbedingungen.

Ich will im Folgenden einige Eckpunkte formulieren, die aus meiner Sicht dazu notwendig sind:

Erstens. Die Lösung muss sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch der Wettbewerbssituation der Telekom gerecht werden.

Zweitens ist es unrealistisch, anzunehmen, dass dabei alles so bleiben wird, wie es ist.

Drittens. Eine Berücksichtigung der Gesamtertragslage des Unternehmens ist dabei notwendig. Neben dem Shareholder-Value-Denken hat das Management auch eine soziale Verantwortung für die Arbeitnehmer.

**Gregor Amann**

- (A) Viertens. Wir wollen eine Standortsicherung, kein Zurückziehen aus der Fläche.

Fünftens sind wir für eine Beibehaltung des integrierten Konzerns und gegen eine Zerschlagung. Die Erfahrung zeigt: Teile eines Konzerns haben auf Dauer nur wenig Überlebenschancen.

Sechstens wollen wir eine Berücksichtigung der Vorleistungen der Arbeitnehmer. Nach so vielen Umstrukturierungen brauchen wir eine Lösung, die eine Zeit lang trägt.

Siebtens. Wenn es zu Ausgliederungen kommt, dann müssen sie tarifvertraglich ausgestaltet werden; nicht gegen die Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften, sondern mit ihnen gemeinsam muss eine Lösung möglich sein. Qualitätsoffensive und Serviceverbesserung sind nur mit motivierten Mitarbeitern möglich. Ich fordere daher das Management auf, kein Porzellan zu zerschlagen. Dazu gehört auch, dass Streikende nicht unter Druck gesetzt werden.

Achtens. Wir wollen kein Lohndumping. Ein Lohnwettbewerb nach unten ist nicht das, was wir in diesem Land brauchen. Der Wettbewerb der Telekom soll auf den Feldern der Qualität und der technischen Innovation stattfinden.

Ich sehe, meine Redezeit ist abgelaufen; nur noch ein letzter Satz. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie notwendig in unserem Land die Einführung von Mindestlöhnen ist. Ich denke dabei nicht in erster Linie an die Gehälter der Telekom-Mitarbeiter, sondern an manche der Konkurrenten, die Preise bezahlen, die diesen scharfen Lohnwettbewerb erst möglich gemacht haben. Ich will nicht, dass die Firmen in Deutschland mit niedrigen Löhnen konkurrieren müssen, sondern möchte einen Wettbewerb auf dem Gebiet der Qualität und der Innovation.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich gebe das Wort dem Kollegen Peter Weiß, CDU/CSU-Fraktion.

**Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Situation der Telekom ist ernst. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen sich große Sorgen. Aber zum Abschluss der mittlerweile zweiten Aktuellen Stunde, die die Linken zu diesem Thema beantragt haben, muss man sich fragen: Haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas von dem, was die Linken hier inszeniert haben? Meine Behauptung: Sie haben null und nichts davon.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Leider Gottes! – Widerspruch bei der LINKEN)

Das vermeintliche Rezept, das die Linken – leider mit Ihrer Unterstützung, Frau Pothmer –

(Lachen bei der LINKEN)

hier vorgeschlagen haben, ist, kurzgefasst, Staatsinterventionismus: Der Staat, die Bundesregierung, möge bitte direkt bei Telekom eingreifen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Weiß, haben Sie mir nicht zugehört?)

Die Frage ist: Was sind die Wirkungen und Nebenwirkungen dieses Rezeptes? Alle Erfahrung zeigt doch: Direkter Staatsinterventionismus hat noch nie ein Unternehmen wettbewerbsfähiger gemacht.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Franz Josef Strauß lässt grüßen!)

Direkter Staatsinterventionismus hat noch nie dafür gesorgt, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Stellen Sie sich doch einfach die Frage: Glauben Sie, dass durch direkten Staatsinterventionismus morgen der Aktienkurs von Telekom steigen würde? Gewinnt Telekom durch direkten Staatsinterventionismus irgendeinen zusätzlichen Kunden?

Wer sich das recht überlegt, wird sehr schnell sehen: Dieses Rezept aus der alten DDR

(Lachen bei der LINKEN)

– das ist es; die Linken sind in der Gegenwart und in der Demokratie nicht angekommen –,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

das heute in der Aktuellen Stunde zum wiederholten Mal in Bezug auf Telekom vorgetragen worden ist, ist kein Rezept, das zur Arbeitsplatzsicherung beiträgt, sondern in Wahrheit ein Rezept zur Arbeitsplatzvernichtung.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Wenn es irgendwo Staatsinterventionismus gibt, dann in Bayern! – Gegenruf des Abg. Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Unerträglich, der Schwachsinn, den Sie erzählen!)

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir als Bund, der nach wie vor einer der großen Anteilseigner ist, ein massives Interesse daran, dass die Telekom wieder ein erfolgreiches Unternehmen wird, dass sie wettbewerbsfähiger wird, dass sie neue Kundinnen und Kunden dazugewinnt, dass der Service besser wird, dass der Service der Telekom der beste der Telekommunikationsunternehmen in Deutschland ist. Wir haben ein Interesse daran, dass dieses Unternehmen nicht – wie von den Linken – niedergeredet wird, sondern wieder zu einem erfolgreichen Unternehmen in Deutschland und weltweit wird.

Das ist unser Interesse. Dazu muss dieses Unternehmen Fehler der Vergangenheit ausmerzen, sich neu positionieren und sich neu aufstellen. Dafür verdient dieses Unternehmen – sowohl die Unternehmensleitung als

**Peter Weiß (Emmendingen)**

- (A) auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – unsere politische Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! – Zurufe von der LINKEN)

Wenn wir bei der Telekom von beschäftigungspolitischen Aspekten sprechen, dann möchte ich bei allem Streit, der zur Zeit herrscht, die feste Absicht hervorheben, die wir politisch nur begrüßen können. Es ist die Absicht, bei diesem Umbau Beschäftigungssicherung auszusprechen und es nicht zu Entlassungen kommen zu lassen. Es ist die feste Absicht des Unternehmens, dass das hohe Ausbildungsniveau erhalten bleibt. Unter den deutschen DAX-Unternehmen ist die Telekom ein Superbeispiel. Sie hat unter allen deutschen Unternehmen, die im DAX notiert sind, das höchste Ausbildungsplatzangebot für junge Menschen.

(Zuruf von der LINKEN: Na ja, der DAX ist aber ein schlechtes Beispiel!)

Viele deutsche Großunternehmen sollten sich an der Telekom und an der dortigen Ausbildungsleistung ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der LINKEN: Unter den Blinden ist der Einäugige König!)

- (B) Man muss auch einmal von den positiven Seiten sprechen. Die Telekom ist ein Unternehmen, das seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine durchaus attraktive Altersversorgung garantiert. Es gibt die feste Zusage, dass diese Altersversorgung auch in Zukunft auf dem jetzigen Niveau fortgeführt wird. Das ist ein Standortvorteil der Telekom und ein Vorteil für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, derzeit herrscht bei Telekom dicke Luft, weil für diese Umbaumaßnahmen neue Vereinbarungen zwischen der Betriebsleitung, dem Vorstand, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern notwendig sind. Diese Vereinbarungen sind zwischen dem Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuhandeln, und zwar in Wahrnehmung unserer grundgesetzlich garantierten Tarifautonomie. Wir alle sitzen nicht am Verhandlungstisch. Wenn es heute einen politischen Wunsch oder einen politischen Rat geben kann, dann lautet dieser: Vorstand und Gewerkschaften, setzt euch möglichst schnell wieder an den Verhandlungstisch und versucht, ein vernünftiges Ergebnis hinzubekommen, damit Telekom aus dem Gerede herauskommt und sich für die Zukunft zur Sicherung der Arbeitsplätze bei Telekom wieder neu aufstellen kann. Das ist unser politischer Wunsch, den ich heute aussprechen will.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. h. c. Susanne Kastner (SPD):**

Letzter Redner dieser Aktuellen Stunde ist der Kollege Klaus Barthel von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Klaus Barthel (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung; als Linkspartei darf man natürlich immer danach rufen, denn Sie wissen ganz genau, dass wir diesen Ruf hier nicht erhören dürfen. Dass sich hier kein Vertreter des Finanzministeriums hinstellen darf, macht für Sie ja gerade den Charme dieser Debatte aus.

(Zuruf von der Linken: Auch als Sozialdemokrat!)

Wir könnten diesen Ruf zumindest dann nicht erhören, wenn es uns ernsthaft darum gehen würde, die Zukunft des Unternehmens und die Arbeitsplätze zu sichern. Uns geht es ernsthaft darum. Ich gehöre nicht zu denen, die öffentliche und politische Verantwortung immer für Teufelszeug halten. Es wurde aber schon gesagt: Was würde denn passieren, wenn sich das Finanzministerium als Verwalter der Anteile hier hinstellen und sagen würde: Jetzt gehen wir in den Aufsichtsrat und sagen dem Vorstand einmal, was hier Sache ist, weil wir eine beschäftigungspolitische Verantwortung haben? Es ist bereits dargestellt worden, dass dies schon rechtlich nicht geht. Sie müssen sich aber die Frage stellen: Was würde sonst noch passieren? Das, was Sie hier aufführen, hilft nämlich weder den Beschäftigten noch den Gewerkschaften. Sie hören doch, welche Geister Sie hier rufen, wenn Sie so diskutieren, wie Sie es tun. Sie sind doch immer diejenigen, die vor der Brutalität der Finanzmärkte warnen. Sie geben doch vor, zu wissen, was die Analysten und Geldanleger von Gewerkschaften, von politischem Einfluss und von beschäftigungspolitischer Verantwortung halten.

(Zuruf von der Linken)

Sie wissen doch, wie die Börsen auf den Rat der Analysten reagieren, wenn es in einem Unternehmen auch nur nach politischem Einfluss zugunsten der Beschäftigten riecht.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Wie war das mit Holzmann?)

Sie wissen doch auch aus der Berliner Erfahrung, wie das mit dem politischen Einfluss auf privatisierte oder zu privatisierende Betriebe aussieht.

Wenn ich es mir so leicht machen würde wie die Linkspartei, deren Repräsentanten jetzt von einer Streik- und Kundgebung zur anderen laufen, dann müsste ich mir ein paar Geschichten vorhalten lassen, wie es damals war, als ihr designierter Vorsitzender Bundesfinanzminister war.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Widerspruch bei der LINKEN)

Er hat damals dafür gesorgt, dass sich zum Beispiel in den Aufsichtsräten und in den Unternehmens- und An-

**Klaus Barthel**

- (A) staltsetagen gegenüber Schwarz-Gelb nicht wirklich etwas geändert hat. Dafür mag es sogar gute Gründe gegeben haben. Aber mit Blick auf den Berliner Senat und seinen Wirtschaftssenator sowie mit Blick auf die Erfahrungen von damals würde ich der Linkspartei hier zu mehr Zurückhaltung raten.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Richtig!)

Sie haben auch im letzten Jahr immer auf der gegnerischen Seite gestanden, wenn es darum ging, Probleme im Telekommunikationssektor zu lösen. Ob es nun um die Vorruhestandsregelung oder um die Lockerung der Regulierung für die neuen Märkte ging: Sie waren immer dagegen. Anstatt also die falschen Vorwürfe an die falsche Adresse zu richten, würde es sich einmal lohnen, in der Sache zu argumentieren.

Das Tragische im letzten halben Jahr ist, dass zwar der Vorstand mit vernünftigen Vorschlägen gestartet ist: Durchbrechung des Säulensystems, Serviceorientierung, Kunden- und Marktorientierung, Investitionen in neue Märkte. Das war wohl auch der Beschluss des Aufsichtsrates, soweit er mir bekannt ist. Ich weiß nicht, ob Lohnsenkungen, wie Sie erzählen, in dem Beschluss überhaupt enthalten waren.

Die Frage ist aber: Was ist von diesen Plänen übrig geblieben? In vielen Reden, Papieren und Interviews vonseiten des Vorstandes der Telekom kommt außer Schlagworten leider nichts mehr davon vor. Ich kann nicht erkennen, wo diese Vokabeln, wo diese Ziele operativ unterlegt sind. Das ist das Problem. Es drängt sich mir immer mehr der Verdacht auf, dass die Umorganisation und die Austöchterung der Servicegesellschaften nichts anderes als ein Vehikel sind, um massiv an die Arbeitsbedingungen heranzugehen und die Beschäftigten unter Druck zu setzen.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Aha! Also doch!)

Deswegen sage ich hier ganz deutlich: Die SPD-Bundestagsfraktion wird nicht zusehen, wie es einen Großangriff auf die Arbeitsbedingungen eines der wichtigsten Unternehmen in Deutschland gibt.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Was macht ihr denn?)

Wir werden auch nicht zusehen, wie die Durchschnittseinkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als Besitzstände titulierte werden, die man endlich beiseitigen müsse. Wir werden nicht zulassen, dass Niedriglöhne zum Maßstab aller Arbeitsbedingungen gemacht werden. Wir werden nicht zusehen,

(Zuruf von der LINKEN: Sondern wegsehen!)

wie in den neuen Bundesländern – davon war heute überhaupt noch nicht die Rede – in strukturschwachen Gebieten vorrangig Standorte in der Fläche geschlossen werden, nur weil es dort kaum Beamte gibt.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie denn?)

(C)

Wir wollen mit Blick auf die Debatte um die Dividendenzahlung und um die Einsparungen seitens des Personals nur so viel sagen: Anstatt 3 Milliarden Euro an Dividende auszuschütten und beim Personal einzusparen, wäre es für den Aktienkurs wichtiger, in die Zukunft des Unternehmens zu investieren. Denn im Personal liegt die Zukunft des Unternehmens. Für das Team Telekom gilt: Doping für die Radfahrer und für die Aktionäre schadet genauso viel wie Dumping für die Beschäftigten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Telekom braucht deswegen einen besonnenen und konsensualen Modernisierungsprozess.

Wir haben sehr viel Verständnis für den Streik und unterstützen seine Ziele. Wir fordern den Vorstand auf – das haben wir schon lange öffentlich getan, bevor die Linkspartei aufgewacht ist –, ein neues Angebot zu unterbreiten und die wichtigsten Probleme, die dieses Unternehmen hat, gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen anzugehen.

Wir wollen in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass es kein Streik gegen die Kundinnen und Kunden ist. Diese haben nämlich mehr davon, wenn die Strukturprobleme gelöst werden und motivierte und gut bezahlte Beschäftigte im Unternehmen sind.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Herr Kollege Barthel, denken Sie an Ihre Redezeit.

(D)

**Klaus Barthel (SPD):**

Ein letzter Satz, Frau Präsidentin.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Bitte.

**Klaus Barthel (SPD):**

All das sind Gegenstände von unternehmerischen, betrieblichen und tariflichen Verhandlungen und Entscheidungen. Es sind keine Probleme, die wir so lösen können, wie Sie von der Linken es vortragen, die uns aber auch nicht so egal sind wie der FDP.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 24. Mai 2007, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.49 Uhr)